

UNO seit 1985 und jetzt im Golfkonflikt eine wesentlich größere Rolle spielt als früher. In dem Maß, in dem der Prozeß der Demokratisierung, Zivilisierung und Verbürgerlichung vorankommt, kann die UNO auch den Erwartungen gerecht werden, die man 1945 zu Unrecht, weil zu

früh, in sie investiert hat. Sie könnte dann auf Weltbasis das leisten, was die KSZE regional zu leisten vermag, nämlich dafür zu sorgen, daß die unvermeidlich entstehenden Konflikte kontrolliert, gemanagt werden und nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen eskalieren.

Operation ohne Narkose?

In Ostmitteleuropa regen sich nach dem Umschwung alte Ängste

In den ost- und mitteleuropäischen Ländern, die das kommunistische System mehr oder weniger klar abgeschüttelt haben, ist die wirtschaftliche Lage angespannt bis katastrophal. Alte Nationalitätenkonflikte kommen wieder massiv zum Vorschein, die demokratische Neuordnung hat mit erheblichen Erblasten zu kämpfen. Aus österreichischer Sicht zeigt Fritz Csoklich die Gefahrenherde in Ostmitteleuropa auf und fragt nach dem Beitrag, den die Kirchen bei ihrer Bewältigung leisten können.

In Deutschland konzentriert sich die allgemeine Aufmerksamkeit immer stärker auf die konkreten Schwierigkeiten und Probleme des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Um die Ausgangspositionen für die ersten gesamtdeutschen Wahlen wird erbittert gerungen. In Amerika ist man indessen von den Auswirkungen der Krise im Persischen Golf voll in Anspruch genommen. Daneben beschäftigt man sich mit den Perspektiven der Weltpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges, den *George F. Kennan* schon im Vorjahr vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats proklamiert hatte. Der 85jährige Diplomat, der 1946 mit seinem sogenannten „langen Telegramm“ aus Moskau den Beginn des Kalten Krieges signalisierte, erklärte nun unter der stehenden Ovation der Ausschußmitglieder, jetzt sei alles vorbei, das Ende der russischen Revolution sei gekommen. Ein intensives Nachdenken über die Konsequenzen dieser überraschenden Entwicklung hat in den USA eingesetzt.

Eine der aufsehenerregendsten Thesen formulierte in diesem Zusammenhang *Francis Fukuyama*, der in „The National Interest“ in der völligen Erschöpfung aller Alternativen zum westlichen Liberalismus den Triumph des Westens sieht. Nach der Zerschlagung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg sei jetzt auch die zweite große Herausforderung des Liberalismus in diesem Jahrhundert, der Kommunismus, am Ende. In Umkehrung der Vorstellungen von Karl Marx, der am Ende der determinierten Entwicklung der Geschichte die Schaffung eines kommunistischen Utopia voraussagte, in dem alle Gegensätze aufgehoben sein würden, diagnostizierte Fukuyama das Ende der ideologischen Entwicklung der Menschheit, ja das Ende der Geschichte überhaupt. Das bedeute wohl nicht das Ende internationaler Konflikte, es werde immer noch

ein hohes und vielleicht noch zunehmendes Maß ethnischer und nationalistischer Gewalt geben, vor allem in der Dritten Welt. Aber: „Der Kampf um Anerkennung, die Bereitschaft, sein Leben für ein völlig abstraktes Ziel einzusetzen, der weltweite ideologische Kampf, der Wagemut, Tapferkeit und Fantasie hervorbrachte, und der Idealismus werden ersetzt durch wirtschaftliche Kalkulationen, durch die Lösung technischer Fragen und der Umweltprobleme, sowie die Befriedigung ausgefallener Konsumentenwünsche. In der posthistorischen Periode wird es weder Kunst noch Philosophie geben, sondern nur mehr die ständige Pflege des Museums der Menschheitsgeschichte. Wir selber und andere um uns fühlen eine starke Nostalgie nach der Zeit, in der es noch Geschichte gab.“

In Osteuropa herrscht eine Art Katzenjammer

In Ostmitteleuropa steht man derlei Spekulationen mit einiger Reserve gegenüber. Die These vom Ausstieg aus der Geschichte gilt in jenen Regionen Europas, die wiederholt Opfer von Absprachen der Großmächte waren und seit Generationen die Last der Geschichte und ihre verhängnisvollen Folgen zu tragen haben, als ein theoretisches Glasperlenspiel. Und in Ländern wie in Polen, wo die Durchschnittsmonatslöhne mittlerweile auf 120 bis 150 DM gefallen sind, müssen Zukunftsvorstellungen, man werde sich künftig auf die Befriedigung ausgefallener Konsumentenwünsche konzentrieren, als weltfremde Überlegungen westlicher Exzentriker gelten.

Tatsächlich hat die Befreiung von der kommunistischen Herrschaft in den Ländern an der Moldau, der Weichsel und der Donau nach einer rasch verrauchten Euphorie unter dem Eindruck übermächtiger Sorgen und Probleme eine Art *Katzenjammer* erzeugt. Der Beginn der freien Marktwirtschaft in zahlreichen Oststaaten hat zunächst vor allem *negative Seiten des westlichen Systems* importiert: Soziale Polarisierung, rapide Verarmung breiter Schichten, Arbeitslosigkeit, Skandalpresse nach westlichem Muster, Sex and Crime sowie Porno- und Horror-Videos. Die soziale Notlage breiter Schichten gesellt sich auf diese Weise zu den jetzt in aller Schärfe wieder hervortretenden

nationalen Gegensätzen, die der Kommunismus nicht gelöst, sondern bloß verdrängt und unter den Teppich gekehrt hat. Aus der Geschichte ist aber bekannt, daß das Zusammentreffen sozialer Notstände und nationaler Konflikte eine höchst gefährliche Sprengkraft haben kann.

Mit einem Wort: Es ist eine Operation ohne Narkose, der sich jetzt die Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Slowenen und Kroaten unterziehen müssen. Sie haben nicht den Vorzug der DDR, sich mit einem wirtschaftlich prosperierenden Staatswesen gleicher Sprache und Nationalität jenseits einer im Fallen begriffenen Grenze zusammenschließen zu können, sie müssen vielmehr allein ihren Weg aus einem heillosten Schlamassel suchen. Trotzdem haben alle diese genannten Völker noch das Glück, an ihre westlich-abendländische, lateinische Tradition anknüpfen zu können, um ein demokratisches Staatswesen aufzubauen, während eine derartige Tradition im byzantinisch-orientalisch geprägten Teil Europas, in Serbien, Bulgarien, Montenegro, Mazedonien, auch in Rumänien und vor allem in Rußland selbst, weitgehend fehlt. So sind in diesen Wochen und Monaten des Zusammenbruchs des kommunistischen Imperiums nicht nur mannigfache nationale Gegensätze und Feindschaften wieder zum Vorschein gekommen, es wurde auch jene *uralte Kulturgrenze zwischen Westrom und Ostrom*, zwischen Byzanz und dem lateinischen Kulturkreis wieder sichtbar, die uniforme kommunistische Systeme nur übertüncht, nicht überbrückt haben. Diesseits dieser Kulturgrenze sind die Revolutionen des letzten Jahres insgesamt geglückt, sie erscheinen nicht mehr umkehrbar, wenn es auch noch Berge ungelöster Probleme zu lösen gilt. Jenseits dieser Grenze aber haben die revolutionären Ereignisse der vergangenen Monate keinen eindeutigen Erfolg erringen können, die Situation ist zwiespältig und in der Schwebe, vielfach sind die alten Machthaber unter neuer Maskierung an die Ruder getreten, alles erscheint noch möglich.

In Jugoslawien ballen sich die nationalen Spannungen

Eine besondere Zerreißprobe macht aufgrund dieser Gegebenheiten *Jugoslawien* durch, denn die erwähnte Kulturgrenze durchzieht vor allem dieses Land. Am Beispiel Jugoslawiens wird deutlich, daß der Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums nicht nur die Beschlüsse von Jalta und Potsdam des Jahres 1945 mit der Teilung Europas aus den Angeln gehoben hat, sondern daß sogar einige der Ergebnisse der Pariser Friedensverträge von St. Germain und Trianon, die 1919 den Ersten Weltkrieg beendeten, in Frage gestellt werden.

Schon vor Jahren, als das Tito-Regime noch festgefügt schien, sagte der Chefredakteur der weitverbreiteten und verdienstvollen katholischen kroatischen Wochenzeitung „Glas Koncila“ („Stimme des Konzils“), *Živko Kustič*, in einem Gespräch, die alte Kulturgrenze zwischen Rom und Byzanz verlaufe in Jugoslawien unverändert entlang

der Save, dort, wo das Osmanische Reich und die österreichische Habsburger-Monarchie einander jahrhundertlang gegenüberstanden: „Das ist nicht nur eine politische Grenze, nicht nur eine Kulturgrenze von altersher, das ist bis zum heutigen Tag auch eine Sprachgrenze: Denn diesseits dieser Grenze sagt man etwas, um eine Meinung auszudrücken, auf der anderen Seite sagt man etwas, um eine Meinung zu verbergen.“ Drüben, auf der anderen Seite, in Serbien also, beginne auch heute noch *de facto* der Orient.

Diese Worte geben den jüngsten politischen Ereignissen in Jugoslawien eine viel hintergründigere Bedeutung, als dies anhand aktueller Tagesnachrichten gemeinhin erkannt werden kann. Inzwischen haben sich Slowenien, Kroatien und jüngst auch Bosnien-Herzegowina zu selbständigen Republiken erklärt, wenn sie auch die volle Unabhängigkeit noch nicht in Anspruch nehmen. Als Gegenzug bestehen die Serben in Kroatien, die etwa elf Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, auf einem Referendum, um einen eigenen serbischen Staat auf dem Territorium der Republik Kroatien zu bilden.

Diese Auseinandersetzungen bergen eine gefährliche Sprengkraft für den ganzen Balkan, der durch die Verschachtelung und Durcheinandermischung verschiedenster Völkerschaften schon immer ein Wetterwinkel der Politik war.

Die Gefahr für die Existenz Jugoslawiens besteht aber nicht nur in dem Gegensatz zwischen Serben und Kroaten und in der Entschlossenheit Sloweniens, Kroatiens und Bosniens, im Gegensatz zu Serbien eine pluralistische Demokratie nach westeuropäischem Vorbild einzuführen, sondern ebenso in dem Konflikt zwischen Serben und Albanern im Gebiet von Kosovo, der mittlerweile den Charakter eines offenen Bürgerkrieges angenommen hat. In Kosovo erlagen 1389 die serbischen Heere in blutigen Schlachten der türkischen Übermacht. Das Amselfeld, der Ort dieser Tragödie, wird seit Jahrhunderten von den Serben als ihre nationale Weihstätte und als integrierender Bestandteil ihres Staates betrachtet. Aber ausgerechnet hier in Kosovo nahm die albanische Bevölkerung immer mehr zu, sie erreicht jetzt schon 90 Prozent der Gesamtbevölkerung, und nur offener Polizeiterror hält die Albaner nieder.

Die Kirchen müßten für Versöhnung eintreten

Ähnliche Schwierigkeiten nationaler Art, wenn auch nicht von der Brisanz wie in Jugoslawien, sind auch in anderen von der kommunistischen Herrschaft befreiten Länder sichtbar geworden. So ist die Lage der zwei Millionen Ungarn im rumänischen Siebenbürgen nach wie vor ungelöst, während die Massenauswanderung der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben aus Rumänien nicht mehr zu stoppen ist. Damit stirbt eine eigenständige deutsche Kultur, die über Jahrhunderte hinweg zur Bereicherung der ganzen Region beigetragen hat. In der Tsche-

choslowakei scheint es hingegen gelungen zu sein, die anfänglich massiv auftretenden Unstimmigkeiten zwischen Tschechen und Slowaken durch weitgehende Autonomiezusagen zu beschwichtigen, während die Situation der ungarischen Minderheit in der Slowakei jederzeit zu einer Verschärfung der Situation beitragen kann. In Polen ist schließlich durch das Auftauchen überraschend vieler Deutscher, vornehmlich in Schlesien, wo sie sich nun, nach so vielen Jahrzehnten im Untergrund, plötzlich zu ihrem Volkstum bekennen, ein neues Problem entstanden, das noch manche Komplikation in dem ohnehin sensiblen Beziehungsgeflecht zwischen Deutschen und Polen mit sich bringen kann.

Der polnische Historiker und Publizist *Adam Michnik* hat aufgrund dieser komplexen Lage in den post-totalitären Ländern Ostmitteleuropas gemeint, er sehe für die nächste Zeit drei Wege der Veränderung: Erstens den spanischen Weg, bei dem man Gewalt und Rachedgedanken vermieden und einen Kompromiß zwischen den Anhängern des früheren Franco-Regimes und der demokratischen Opposition zustande gebracht habe. Zweitens gebe es den iranischen Weg, den Michnik als den gefährlichsten bezeichnet: „Es ist aber kein Weg, den wir aufgrund der Dinge, so wie sie liegen, ausschließen können.“ Drittens, kaum viel besser, sieht Michnik den libanesischen Weg, den Bruderkrieg, die Balkanisierung: „Jugoslawien ist heute eine mitteleuropäische Miniatur davon.“

Einige dieser Varianten sind erschreckend, aber tatsächlich nicht auszuschließen. Denn nach „der Niederlage der Ideologen, nach der Niederlage der linken Symboliken ist die natürliche Reaktion die Rückkehr zu den Wurzeln der elementaren Identität“, meint Michnik. „Man darf nicht alle nationalen Kämpfe in Mitteleuropa als chauvinistisch definieren. Man muß aber begreifen, daß jeder nationale Kampf sehr ambivalent ist: Er kann zur Freiheit führen, aber auch zum Fremdenhaß.“

In dieser bedrohlichen Situation wäre es die besondere Aufgabe der christlichen Kirchen, jetzt für Versöhnung zwischen den verfeindeten Nationalitäten einzutreten. Es ist aber eine zusätzliche Schwierigkeit, daß es beispielsweise in Jugoslawien keine Kirche gibt, die sich auf Gläubige in allen südslawischen Völkern stützen kann. So ist es die Tragödie der kroatischen Kirche, daß in all den Jahrhunderten der Türkenkriege, der Flüchtlingsströme und der nationalen Auseinandersetzungen nur jene Gebiete kroatisch geblieben sind, die auch katholisch bewahrt werden konnten. Damit fallen nicht nur in Kroatien, sondern auch in anderen Regionen die nationalen und die konfessionellen Grenzen zusammen, und die Religion wird zum befördernden, nicht zum hemmenden Instrument nationalen Hasses.

Andererseits hat die katholische Kirche in *Slowenien* ein eindrucksvolles Beispiel der Versöhnung zwischen den politischen Feinden der Vergangenheit geboten: Erzbischof *Alois Šuštar* von Laibach (Ljubljana) feierte in Gottschee, dort, wo die Tito-Partisanen 14 000 „weiße“ slowenische Heimwehrleute („Domobrancen“) umbrach-

ten, die von den englischen Besatzungstruppen in Österreich 1945 ausgeliefert worden waren, unter der Anwesenheit zehntausender Gläubiger eine Messe, die unter dem Gedanken der Vergebung stand. Der Erzbischof predigte in diesem Sinn, und nach ihm sprach der Präsident der Republik Slowenien, der Reformkommunist *Milan Kučan*. Auf diese Weise wurde versucht, ein Verbrechen aufzuarbeiten, das seit Jahrzehnten als Tabu des kommunistischen Regimes galt.

Österreich ist in die Mitte Europas gerückt

Aktive Unterstützung bei der Dämpfung der nationalen und sozialen Unrast in verschiedensten Gebieten Ostmitteleuropas benötigen diese Völker aber auch vom Westen. Die westlichen Staaten haben den Kalten Krieg gewonnen. Diesen Sieg jetzt nicht zu nützen, sondern 100 Meter vor dem Ziel stehenzubleiben und die Hände in den Schoß zu legen, wäre nicht nur inkonsequent, sondern fast ein Verbrechen, schreiben *Helmut Schmidt* und *Marion Dönhoff* in der „Zeit“: „Denn es würde die Menschen, die in den Ländern Osteuropas 40 Jahre auf ihre Freiheit gewartet haben, binnen kurzer Zeit wieder in Hoffnungslosigkeit und Elend stürzen – sie vielleicht sogar noch einmal unter ein neues autoritäres Joch zwingen. Die Demokratie in diesen Ländern kann nur überleben, wenn den amtierenden Regierungen geholfen wird.“

In *Österreich* versteht man derlei Mahnungen besonders gut, denn es gibt vielerlei Querverbindungen zwischen der Alpenrepublik und ihren Nachbarn. Seit 1945 war Wien Endstation einer Sackgasse. Jetzt in Österreich vom Rand wieder in die Mitte Europas gerückt. Hunderttausende Besucher aus Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei mischen sich in den Straßen von Wien mit den Touristen aus Deutschland, Italien, Frankreich, Amerika und vielen anderen Teilen der Welt. Allerdings gibt es schon Stimmen in Österreich, die diesen plötzlichen Massenzustrom von Fremden aus dem Osten mit Sorge und Unbehagen verfolgen, es gibt Forderungen, nach dem inzwischen wieder eingeführten Visumzwang für Rumänien nun auch die Polen der Visapflicht zu unterwerfen. Eine solche Rückkehr zur Absperrung zwischen West und Ost konnte aber bis jetzt durch die Intervention maßgeblicher Kreise in beiden großen Parteien und wachsamer kirchlicher Gruppen verhindert werden.

Auf offizieller politischer Ebene versucht Österreich die Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zu unterstützen, die in vielfältiger Form die regionale Nachbarschaft zwischen Österreich, Slowenien, Kroatien, Oberitalien und Westungarn fördert. Darüber hinaus kam es in Weiterführung der Alpen-Adria-Idee zu einem losen Staatenklub, der vor allem durch italienische Initiative entstand und dem zur Zeit unter dem recht unhandlichen Namen „Pentagonal-Länder“ Italien, Österreich, Ungarn, Jugoslawien und die Tschechoslowakei angehö-

ren. Hier soll offenkundig ein regionaler Zusammenschluß in einem geeinten Europa vorbereitet werden, und hinter vorgehaltener Hand wird zugegeben, daß es sich dabei auch um ein gewisses Gegengewicht zum großen, vereinten Deutschland handeln könnte. Die manchmal recht romantisch verklärte Diskussion um Mitteleuropa soll auf diese Weise in realpolitische Bahnen gelenkt werden, aber niemand weiß, ob und wie dies gelingt.

In dieser unübersichtlichen Lage versucht Österreich alles, was nur möglich ist, um sein Beitrittsansuchen bei der EG so rasch wie möglich durchzubringen. Angesichts der Abneigung mancher Länder wie Belgien und Holland, den deutschsprachigen Anteil in der EG weiter zu erhöhen, legt Österreich Wert auf die Feststellung, daß es kein dritter deutscher Staat ist. Und der von *Günter Gaus* lancierte Vorschlag einer zentraleuropäischen Konföderation unter österreichischer Patronanz wurde vom österreichischen Außenministerium ebenso eindeutig abgelehnt wie alle restaurativen Tendenzen, die von einer Wiedererrichtung des k. u. k.-Raumes unter neuen Vorzeichen träumen.

Großvorhaben wie die für das Jahr 1995 jetzt endgültig ausgeschriebene gemeinsame Weltausstellung Wien-Budapest zeigen jedoch, daß im mitteleuropäischen Raum manches in Gang gekommen ist. Noch weiß niemand, was letzten Endes daraus werden wird, und allenthalben steht man vor der Schwierigkeit, diese neue Entwicklung mit einer zutreffenden Bezeichnung zu benennen, denn das Wort Mitteleuropa ist vielfach belastet, nicht zuletzt durch das von Friedrich Naumann entworfene deutsch geprägte Mitteleuropa, das durch das Dritte Reich ein für allemal kompromittiert worden ist. Niemand kann aber leugnen, daß es unübersehbare Gemeinsamkeiten zwischen Wien, Krakau, Triest, Prag, Budapest, Agram, Ljubljana und Preßburg gibt, niemand weiß aber zur Zeit, welche politischen Konsequenzen für die Gegenwart und Zukunft daraus gezogen werden können und sollen.

Es braucht ein neues europäisches Selbstbewußtsein

Niemand geringerer als der tschechoslowakische Staatspräsident *Václav Havel* hat in seiner beeindruckenden Eröffnungsrede der Salzburger Festspiele dieses Thema direkt aufgegriffen. Havel schilderte eindringlich, wie er und viele seiner Mitarbeiter nach der geglückten Revolution in der Tschechoslowakei eine eigenartige Leere und Depression verspürten, deren tiefste Ursache Angst gewesen sei: „Ich nehme an, daß diese Art der Angst für die mitteleuropäische Geisteswelt typisch ist. Entschieden kann man sich nur schwer vorstellen, daß etwa in England, Frankreich oder Amerika jemand Depressionen wegen seines politischen Sieges haben könnte. In Mitteleuropa kommt mir das hingegen ganz begreiflich und natürlich vor. Übrigens ist jenes Erlebnis der katerartigen Leere keineswegs nur mein Erlebnis. Ich treffe relativ häufig nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch

in den übrigen Ländern Mittel- und Osteuropas, die sich von totalitären Systemen befreit haben, auf verschiedene Varianten dieser Angst. Die Menschen haben in diesen Ländern die ersehnte Freiheit schwer erkämpft. Doch in dem Augenblick, in dem sie sie gewonnen haben, ist ihnen, als ob sie auf einmal überrascht seien; sie waren ihr in einem Maße entwöhnt, daß sie plötzlich nicht wissen, was sie mit ihr anfangen sollen; sie fürchten sie. Ähnlich kann man in diesem Teil der Welt die Anzeichen einer neuen Angst vor der Zukunft beobachten. Im Unterschied zu den Zeiten der Totalität, als die Zukunft zwar ärmer, aber gewiß war, scheint sie heute vielen ungewiß. Die einzige, zwar allgegenwärtige, doch schon bekannte Bedrohung, die das totalitäre Regime mit seiner Unterdrückung darstellte, scheint abgelöst von einem ganzen Spektrum neuer und unbekannter oder lange vergessener Bedrohungen. Von der Gefahr nationaler Konflikte bis hin zur Gefahr der totalen Herrschaft des Konsums, des Kommerzes und des Geldes.“

Diese Darstellung der psychologischen Situation in den nun frei gewordenen Ländern Mittel- und Osteuropas, die Havel in dichterischer Meisterschaft zeichnete, differiert wesentlich von der Analyse, die der Amerikaner *Fukuyama* gab. Havel beschränkte sich aber nicht nur auf eine Darlegung der jetzigen Situation, sondern versuchte auch, eine Therapie für die Zukunft zu skizzieren. In diesem Sinn rief er den Menschen in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu, er habe viele Gründe für die Behauptung, daß die Wahrheit den Menschen von der Angst befreit: „Unsere spezifisch mitteleuropäische Angst führte schon zu manchem Unglück. Man könnte nachweisen, daß die Unzahl lokaler Konflikte, aber auch einige globale, ihren Ursprung gerade darin haben. Die Angst der kleinen Seelen vor sich selbst und der Welt führte vielfach zu Gewalt, Brutalität, fanatischem Haß.“

Auf Grund dieser Erkenntnis schloß Havel mit dem Aufruf an alle Mitteleuropäer, zu versuchen, „unseren traditionellen Ängsten entgegenzutreten, indem wir systematisch alle nur möglichen Gründe für sie beseitigen.“ Die Mitteleuropäer sollten versuchen, schnell und gemeinsam ein System gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Bindungen aufzubauen, das allmählich und endgültig alle potentiellen Bedrohungen beseitigt, die in unserer gemeinsamen Zukunft verborgen sind: „Versuchen wir also, diesen so schwer geprüften Raum endlich nicht nur von seiner Angst vor der Lüge zu befreien, sondern auch von seiner Angst vor der Wahrheit. Schauen wir endlich aufrecht, ruhig und gespannt uns selbst ins Gesicht, unserer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aus deren Zweideutigkeit gelangen wir nur dann, wenn wir sie begreifen. Versuchen wir, vom Grund unserer Zweifel, unserer Angst und unserer Verzweiflung den Keim eines neuen europäischen Selbstbewußtseins aufzuheben, des Selbstbewußtseins derjenigen, die keine Angst haben, über den Horizont ihres persönlichen oder Gruppeninteresses und über den Horizont dieses Augenblicks hinauszuschauen.“

Fritz Csoklich